

lerung an den Wahlversammlungen Nordböhmens hervor. So sprach Henlein am Mittwochnachmittag vor 6000 Personen in Schludenz. In Rixdorf wohnten nicht weniger als über 20000 Personen auf dem Schützenplatz der Wahlkundgebung bei, und Henlein wurde dort mit tosendem Beifall empfangen. Die Riesenversammlung verlief in vollkommener Ruhe und Ordnung.

Oberhaus und Unterhaus huldigen dem englischen König

König Georg, von der Königin begleitet, nahm am Donnerstag in der 500 Jahre alten Westminsterhall die Jubiläumsglückwünsche der beiden Häuser des Parlaments entgegen. Die Feier wurde über den Rundfunk in alle Teile des englischen Weltreiches und viele andere Länder übertragen. 464 Lords und 455 Unterhausabgeordnete, sämtliche Kabinettsminister, die Ministerpräsidenten der englischen Dominions, indische Fürsten und hohe englische Würdenträger waren in der historischen Halle versammelt, in der vor etwa 300 Jahren König Karl I. von den Richtern Cromwells zum Tode verurteilt worden war. Als das Königspaar auf dem erhöhten Thronstuhl Platz genommen hatte, wurde die Adresse des Parlaments von dem Lordkanzler als dem Vertreter des Oberhauses und dem Sprecher des Unterhauses verlesen.

In der Unterhausadresse heißt es u. a.: „Unsere Verfassung hat sich als stark genug erwiesen, um der Erschütterung eines großen Krieges zu widerstehen, und biegsam genug, um sich den wechselnden Umständen im Weltreich und der Welt anzupassen. Die Regierungszeit Eurer Majestät hat tiefstehende Änderungen im Zustand der Welt und in folgedessen das Auftauchen verwickelter und ungewöhnlicher Probleme gesehen. Wir erheben ehrerbietig darauf Anspruch, daß sich unsere historischen Regierungsformen als angemessen erwiesen haben, um jeder herankommenden Krise standzuhalten. Unsere überlieferte Politik hat ihre Methoden geändert, um ihre Hauptzüge zu bewahren. Britannien bleibt wie immer eine freie und wohlgeordnete Nation. Ihr seid heute mehr als ein Souverän. Aus einem Staat und einem Weltreich habt Ihr eine Familie gemacht, und Ihr seid das Haupt der Familie!“

König Georg sagte in seinen Dankesworten, die vollkommene Harmonie des englischen Parlamentsystems habe mit der konstitutionellen Monarchie alle Stürme überlebt. England werde weiterhin die Sache der Freiheit und des Fortschritts in einem Geiste des Friedens, der Duldung und der Verständigung verfolgen. Unter den Klängen der Nationalhymne und vom lauten Beifall der Abgeordneten beider Häuser begleitet, verließ das Königspaar das Parlament.

Berliner Kabarets geschlossen

wegen staatsverneinender und zerkleinernder Tätigkeit

Auf Veranlassung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda wurden die beiden Berliner Kabarets „Katakomba“ und „Tingeltangel“ in letzter Zeit mehrfachen Beobachtungen seitens parteilicher und behördlicher Stellen unterzogen. Dabei stellte sich heraus, daß die anfängliche Tendenz dieser Unternehmen, die darauf hinauslief, durch wenn auch scharfen Witz dem Empfinden des Volkes zuwiderlaufende Zeiterscheinungen zu zeichnen und damit in gewisser Weise auch dem neuen Aufbau dienlich zu sein, unter dem Druck der meist staatsfeindlichen Besucherschaft nach und nach genau ins Gegenteil umgeschlagen ist. So wurde z. B. eine Dirne in Verbindung mit der Sammeltätigkeit für das Winterhilfswerk gebracht und allgemein gegen das Sammeln Stimmung gemacht; Militär- und Parteiuniformen wurden verunglimpft, die Organisation der Partei ins lächerliche und die Wehrpflicht in den Schmutz gezogen. Ein reinrassiger Jude, der als solcher in Deutschland nur Gastrecht besitzt, wagte es, über politische Vorgänge in Deutschland seine herabsetzenden Blossen zu machen. Demzufolge setzte sich auch die Besucherschaft in der Hauptsache aus Juden und anderen staatsverneinenden Elementen zusammen.

Da das weitere Treiben dieser Unternehmen im Interesse des Ansehens des nationalsozialistischen Staates nicht weiter geduldet werden konnte, hat der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda ihre Schließung durch das Geheime Staatspolizeiamt veranlaßt. Einige Hauptmitwirkende wurden gestellt und einer polizeilichen Vernehmung unterzogen. In diesem Zusammenhang fand auch eine Reihe von polizeilichen Hausdurchsuchungen statt.

Es wird bei dieser Gelegenheit nochmals betont, daß der neue Staat es nicht dulden kann, daß seine Einrichtungen, die nur dem Volk dienen, seitens einer kleinen, aber mit so frechen anmaßenden Clique einer ähnden und zerkleinernden sowie böswilligen Kritik unterzogen werden. Der Nationalsozialismus wird nicht die Fehler des Vorkriegsdeutschland wiederholen, das der Verhöhnung seiner großen tragenden Einrichtungen, wie Armee, Schule, Staat usw., nicht Einhalt gebieten konnte und deshalb auch in der Stunde der Gefahr zusammenbrach. Vor allem erachtet er es für gänzlich unerträglich, daß deutsche Angelegenheiten von Juden oder vor Juden lächerlich gemacht werden.

Die „Scharnhorst“, das neueste Schiff im Ostasien-Schnelldienst des Norddeutschen Lloyd, ist am Freitag um 17 Uhr von Bremerhaven aus zu seiner ersten Ausreise nach Ostasien in See gegangen. Das Schiff ist voll besetzt. Eine große Menschenmenge hatte sich auf der Columbus-Raje angelammelt, die an der Ausreise des neuesten Schiffes der deutschen Handelsflotte und an der Abfahrt des Lloyd-Schnelldampfers „Europa“, der am gleichen Tag nach Amerika in See ging, lebhaften Anteil nahm.

Politische Umschau

Der Paragraph nicht mehr die einzige Rechtsquelle. Reichsjustizminister Dr. Gürtner erläuterte in einem Vortrag an Beispielen den grundlegenden Wandel, den das neue Strafrecht gegenüber dem alten darin bringe, daß es durch seine lockere Fassung der gesetzlichen Tatbestände die strafrechtliche Erfassung auch solcher strafwürdigen Taten ermögliche, die im alten Strafgesetzbuch noch nicht definiert gewesen sind. Auch das neue Strafrecht verzichte nicht auf die Festlegung solcher Tatbestände, aber der gesetzliche Tatbestand solle in Zukunft nicht die einzige Rechtsquelle sein. Wenn auf eine Tat der buchstäbliche Inhalt des im Gesetz aufgeführten Tatbestandes nicht zutrefte, dann solle der Richter doch bestrafen können, wenn nämlich die gesunde Volksanschauung die Bestrafung verlange und wenn ferner der durch die Tat verlegte Rechtsgedanke irgendwo in der Rechtsordnung seinen Ausdruck gefunden habe.

Beamtenstellen für alte Kämpfer. Der Führer und Reichskanzler hat angeordnet, daß im Rechnungsjahr 1935 von den im Dienste des Reichs, der Länder und Gemeinden sowie der Körperschaften des öffentlichen Rechts frei werdenden planmäßigen Beamtenstellen des unteren und einfachen mittleren Dienstes zehn vom Hundert mit solchen für die betreffende Laufbahn geeigneten Nationalsozialisten zu besetzen sind, die bis zum 14. September 1930 ihren Eintritt in die Partei erklärt haben.

Hitlergeist und Pestalozzigeist. In Basing vor München fand am Mittwoch die feierliche Eröffnung der Hans-Schemm-Hochschule für Lehrerbildung statt. Reichserziehungsminister Rust betonte, daß die deutsche Schule ihre Aufgabe nur ableiten kann aus den großen Lehren des deutschen Schicksalsweges. Eine Bewegung, die aus den Tiefen des Volkes aufgestiegen und auf seinen breiten Schichten aufgebaut ist, wird das neue Erziehungswerk nicht bei der höheren Schule beginnen, sondern bei der Volksschule. Der Typ des neuen Dozenten muß ein Stück SA-Mann in sich verkörpern, er muß aber auch den Trieb zur Erforschung der wissenschaftlichen Wahrheit in sich tragen, er muß sein Fach hochschulmäßig vertreten können. Da gibt es keine Vergleichspunkte, denn es muß Neues geschaffen werden. Das ist die Aufgabe der Hochschule für Lehrerbildung. Der Rektor der neuen Hochschule, Dr. Abb, schilderte, wie er seine Aufgabe auffasse. Hitlergeist müsse sich mit Pestalozzigeist verbinden. Die neue Hochschule wolle körperlich, charakterlich und geistig gesunde deutsche Männer und Frauen für den Volksschullehrerberuf und damit für Führer und Vaterland erziehen.

Jugendertüchtigung statt Fürsorge. Der Reichs- und preussische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung hat einen längeren Erlaß herausgegeben, der die staatliche Jugendführung auf eine neue Grundlage stellt. Die bisherige staatliche Jugendpflege erblickte ihre Aufgabe darin, die vorhandenen zahllosen Vereine pflegerisch zu betreuen. Nachdem durch den nationalsozialistischen Umbruch die zahlreichen verschiedenen Jugendvereine durch die Hitler-Jugend abgelöst und ihre Mitglieder nun der Hitler-Jugend einverleibt waren, mußte die vom Fürsorgegedanken der früheren Wohlfahrt ausgehende staatliche Jugendpflege auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden. In den dem Erlaß beigegebenen Grundzügen wird als die Hauptaufgabe der staatlichen Jugendpolitik die Förderung der Hitler-Jugend und ihrer Glieder

derungen bezeichnet. Da aber die Hitler-Jugend aus nationalsozialistischen Erwägungen heraus den Grundgedanke des freiwilligen Beitritts nicht aufgeben kann, muß der Staat seine vornehmste Aufgabe darin erblicken, die von der Hitler-Jugend nicht erfasste Jugend im Sinne des Nationalsozialismus zu erziehen. Im Staatsjugendtag ist die Grundlage für eine derartige Erziehung gegeben. Der organisatorische Ausbau des Staatsjugendtages wird daher den Regierungspräsidenten zur besonderen Pflicht gemacht. Starkes Gewicht wird dabei auf die körperliche Erziehung gelegt und die gemeinschaftsbildende Kraft, die im Geländesport und in den Leibesübungen liegt, aufs eindringlichste gefordert.

Die Juden sind die Feinde aller ihrer Gastvölker. In neun Sälen von Nürnberg und Fürth fand am Donnerstag die erste große deutsche Kundgebung der Antijüdischen Weikliga statt. Julius Streicher bezeichnete in seiner Rede als wahren Feind den ewigen Juden, der kein Vaterland, der das Geld zum Gott habe; er schloß mit dem Bekenntnis zum Frieden. Stürmisch begrüßt, trat dann der französische Frontkämpfer Jean Boissel an das Rednerpult und klagte leidenschaftlich die wirklichen Schuldigen am Weltkrieg an: die Freimaurer und die Juden. Boissel bezeichnete den Frontkämpfer Adolf Hitler im Hinblick auf sein Ringen um die deutsche Seele als einen Titanen und schloß mit dem Wunsch nach deutsch-französischer Verständigung im Interesse des Friedens.

Die tschechisch-russischen Paktverhandlungen schreiten, dem Prager Blatt „Lidove Noviny“ zufolge rasch vorwärts. Der Vertrag werde die gleiche Grundlage wie das französisch-russische Abkommen haben, von dem es sich jedoch in gewissen Teilen unterscheiden werde. Unter anderem werde das Abkommen von Locarno in dem Pakt nicht erwähnt werden. Man erwarte, dem Blatt zufolge, daß der Vertrag vielleicht schon nächste Woche fertiggestellt und unterzeichnet werde.

Neuwahl des Memelländischen Landtages am 29. September. Wie die Litauische Telegraphenagentur aus Memel meldet, hat der Gouverneur des Memelgebietes zwei Erlasse herausgegeben, von denen einer die Legislaturperiode des bestehenden Landtages für beendet erklärt, während der andere die Neuwahl für den 29. September festsetzt. Zur Festsetzung dieses Wahltermins erklärt die Litauische Telegraphenagentur, daß dieser Zeitpunkt mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft gewählt worden sei.

Neue Verhandlungen Österreich-Italien. Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg ist Donnerstag nachmittag in Florenz eingetroffen. Die italienische Presse unterstreicht zunächst den privaten Charakter dieses Besuches. Es besteht aber kein Zweifel mehr, daß eine Begegnung zwischen Schuschnigg und Mussolini bevorsteht, die wahrscheinlich am Sonnabend in Florenz stattfinden wird. Der „Times“-Berichterstatter in Rom drückt die Vermutung aus, daß auf der bevorstehenden Zusammenkunft zwischen Bundeskanzler Schuschnigg und Mussolini besonders die Frage einer österreichischen Wiederaufrüstung und der Zukunft der Habsburger erörtert werden solle.

Abessinien wird Widerstand leisten. Der Korrespondent der Londoner Zeitung „Daily Telegraph“ berichtet über eine Unterredung mit dem Kaiser Haile Selassie von Abessinien, in der dieser für den Fall, daß Italien seine kriegerischen Vorbereitungen fortsetze, die allgemeine Mobilmachung ankündigte.

Aus aller Welt

Die Parteien im Schallplatten-Prozess. Im Rechtsstreit zwischen der deutschen Schallplattenindustrie und der Reichsrundfunkgesellschaft begründete der Rechtsvertreter der sieben klagenden Firmen, unter denen an erster Stelle die Carl-Lindström-AG. steht, in längeren Ausführungen den Klageantrag. Es liege nicht im Sinne des Klägers, daß dem Rundfunk die Sendung schlechthin untersagt werden solle. Die Schallplattenindustrie verlange lediglich eine angemessene Entschädigung. Als Folge der Rundfunksendung habe sich ergeben, daß das Publikum mit Schallplatten übersättigt worden sei. Ein sehr starker Absatzschwund bei der Schallplattenindustrie habe daher in den letzten Jahren eingetreten. Der Rechtsvertreter der Reichsrundfunkgesellschaft widersprach diesen Ausführungen. Es sei zwar zuzugeben, daß ein Absatzrückgang bei der Schallplattenindustrie stattgefunden habe. Diese Entwicklung sei aber in erster Linie auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen, die die in ihren Produktionsanlagen übermäßig aufgeblähte Schallplattenindustrie besonders scharf getroffen habe. Man habe nun nach einem Weg gesucht, um den geschäftlichen Ausfall durch Subventionen auszugleichen, und sei dabei auf den Rundfunk als Ausbeutungsobjekt verfallen. Der Prozesskrieg gegen den Rundfunk sei international angezettelt worden von dem früher in Deutschland tätigen, jetzt im Ausland lebenden Rechtsanwalt Dr. Baum. Für wie wichtig die Industrie den Rundfunk als Propagandamittel für ihre Erzeugnisse gehalten habe, gehe aus zahlreichen Beschwerden hervor, mit denen einzelne Firmen darüber Klage geführt hätten, daß sie gegenüber anderen Wettbewerbern im Spielplan des Rundfunks benachteiligt worden seien.

Riesenunterzahlungen im Moskauer Postamt. Der Staatsanwalt des Moskauer Strafgerichtes

hat gegen den ehemaligen Direktor und acht Angestellte des Moskauer Hauptpost-, Telegraphen- und Telephonamtes wegen dauernder Unterschlagungen und anderer schwerer Verbrechen Strafantrag gestellt. Die Angeklagten haben im Laufe mehrerer Jahre Materialien der Städtischen Telephonverwaltung auf eigene Rechnung verkauft und damit wesentlich zur Verschärfung der Telephonkrise in der Hauptstadt beigetragen; während ein harter Mangel an Telephonapparaten, Leitungsdräht, Kupfer, Blei usw. bestand, so daß selbst den von zahlreichen Behörden gestellten Anträgen auf Legung telephonischer Anschlüsse nicht entsprochen werden konnte, haben der Direktor des Post- und Telephonamtes und acht seiner Angestellten aus den Lagern der Post alles verkauft, was nicht niet- und nagelfest war. Ihre Tätigkeit hat sich aber nicht nur auf die Abteilung Telephonverwaltung beschränkt. Auf dem Hauptpostamt häuften sich im Laufe der Zeit die Pakete und Päckchen an, die an Private adressiert waren, von diesen aber nicht abgeholt worden waren. Das Konsortium schuf einen festen Verkaufsplan für dieses unbestellbare Gut, und der Erlös dafür floß in die Taschen der Teilnehmer. Auf diese Weise sind von ihnen insgesamt 3493 Postpakete verkauft worden.

Furtwängler Bayreuther Festspiel-Dirigent. Die Leitung der Bayreuther Bühnenfestspiele gibt bekannt, daß bei den Festspielen 1936 Wilhelm Furtwängler als Hauptdirigent mitwirkt. Mit der Verpflichtung Furtwänglers nach Bayreuth ist wieder ein Dirigent von Weltgeltung in den Dienst der Bayreuther Festspiele gestellt worden.

Hauptausgeber: Werner Kunzsch, Altenberg. Stellvertreter: Felix Jehne, Dippoldiswalde. Verantwortlich für den gesamten Textteil: Werner Kunzsch, Altenberg. Verantwortlicher Anzeigenleiter: Werner Kunzsch. Druck und Verlag: F. A. Kunzsch, Altenberg. DL. IV. 35 1220.